

Kritischer Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Wemtern des Kreises
Borken.

Postverlagort:
Dortmund.

Bocholter-Borkener

Postverlagort:
Bocholt.

Bezugspreise im Monat:
Abgabe von der Poststelle No.
2, ins Haus gebracht einl.
35 Pfg. Wochenlohn 235, durch die
Post einl. 42 Pfg. Beleg 235.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperrung, Betriebsstörung
u. a. hat der Bezugsnehmer keinen
Anspruch auf Lieferung ob. Rückzahl.

Seit 1. Okt. 1932:
Bocholt, Realgymstr. 14
Fernsprech. - Sammel. Nr.
3054. - Redakteur: Vol.
Heinrichs. - Anstalt:
W. Wolling. - Verleger:
Th. Pallas. - Ziffer:
burg: Johann Welling.
Klingenberg: Schmei.
derbans. - Dingden:
Willy Schmitz.

Organ
der Zentrumspartei.

Rheider Volkszeitung.

Familienkreislau des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Anholter u. Jßelburger Zeitung.

Abgabe von der Poststelle No.
2, ins Haus gebracht einl.
35 Pfg. Wochenlohn 235, durch die
Post einl. 42 Pfg. Beleg 235.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperrung, Betriebsstörung
u. a. hat der Bezugsnehmer keinen
Anspruch auf Lieferung ob. Rückzahl.

Nummer 332

Mittwoch, den 30. November 1932

Jahrgang 1932

Ein Tag der Gerüchte.

Kein Verzicht auf Schleichers. — Noch eine Fühlungnahme mit Hitler.

Heute entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten.

— Berlin, 29. November.

Das Bild der innerpolitischen Situation schien sich heute früh grundlegend verändert zu haben; es handelte sich aber nur um eine Störung, vielleicht um eine Störung der Störung. Allgemein hatte man erwartet, daß Dr. Brüning und Gregor Strasser, die man gestern Abend auf dem Weg nach Berlin wußte, durch Hitler zu Besprechungen mit dem Reichswehrminister beauftragt seien. Daß sie zunächst die Absicht gehabt haben, mit dem General von Schleicher zu sprechen, dürfte sicher sein.

Heute morgen stellte sich jedoch heraus, daß ihnen Hitler nicht nur eine etwaige Ausreise verweigert, sondern ihnen geradezu ein Verbot auferlegt hat, die geplante Aussprache mit dem Reichswehrminister zu führen.

Sie haben den Reichswehrminister darauf hingewiesen, daß, wenn er Besprechungen mit der nationalsozialistischen Partei für notwendig halte, dies wohl allein mit Hitler zu geschehen habe. Der Führer der Partei erwartete also offenbar, daß man ihn schon jetzt und zum drittenmal nach Berlin zu entscheidenden Verhandlungen berufen werde. Diese Situation benutzte ein offiziöses Depeschenbüro zu einem etwas plumpen Agitationsmanöver für die Wiederkehr von Papens. Es meldete, die unverständliche Richtung innerhalb der NSDAP, die nach dem Ausgang der Verhandlungen Adolf Hitlers unter keinen Umständen passieren würde, habe sich durchgesetzt. Unter diesen Umständen habe der Reichswehrminister auf seine Kandidatur verzichtet, und die Dinge seien wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeführt, an dem sie sich am letzten Sonnabend befanden. Es sei möglich, daß in den nächsten Stunden das Reichskabinett sich zu einer Sitzung versammle, in der die augenblickliche Situation durchgesehen werde. Im Anschluß daran würde dann im Laufe des Nachmittags oder Abends die entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten stattfinden. Es sei zweifellos, daß ein neues Kabinett von Papen durch die Ausweisung einer Reihe von Kabinettsmitgliedern ein stark verändertes Gesicht erhalten. So spreche man davon, daß auch in einem Kabinett unter der bisherigen Führung im Reichsinnenministerium eine Wandlung vollzogen werden würde, sei es aber darüber klar, daß die Schwierigkeiten, denen Herr v. Papen bei den Parteien begegne, dadurch natürlich bei weitem nicht ausgeräumt würden. Vielmehr müsse damit gerechnet werden, daß das neue Kabinett ganz von selbst in eine scharfe Kampfstellung gegen den Reichstag kommen werde. Es sei jetzt bis zur Entscheidung erwiesen, daß eine andere Regierungsabstimmung nicht möglich sei, also bleibe nach Auffassung politischer Kreise nichts anderes übrig, als den Reichstag vorläufig wieder auszuscheiden. Wie das geschehen könne, darüber seien schon in den letzten Tagen Überlegungen angestellt worden. Als eine Möglichkeit wurde

die Vertagung des Reichstages, vielleicht um sechs Monate, auf Grund des Artikels 48 bezeichnet. Für eine solche Absicht sei aber bisher an keiner Stelle eine Vertagung zu erlangen und so spreche die Wahrscheinlichkeit im Augenblick noch dafür, daß der Reichstag erneut aufgelöst werde.

Gegen Mittag aber meldete dasselbe Büro, daß General von Schleicher, so ungern er sich für das Kanzleramt zur Verfügung stellen würde, die Lösung noch keineswegs ganz aufgegeben hat, die man noch gestern Abend von einer Regierung unter seiner Führung erhoffte. Es läßt sich deshalb nur noch einmal feststellen, daß die letzte Entscheidung beim Reichspräsidenten liegt.

Die Stimmung in der NSDAP ist allerdings für von Schleicher nicht günstig. Im „Völkischen Beobachter“ wendete sich Alfred Rosenberg gegen ihn. Die NSDAP werde, so führte er aus, ein Kabinett des Generals von Schleicher ebenso wenig tolerieren, wie das Kabinett von Papen. Die NSDAP protestiere angesichts ihres 14jährigen Kampfes um Deutschlands Wiedergeburt dagegen, daß ihre Opfer, die Leistung ihres Führers heute wieder im Sinne einer verhängnisvollen Kabinettspolitik verfaßt werden sollen, wie einst der Ausbruch der Nation 1813 durch die Metterniche. Vielleicht noch schärfer drückte sich der Leiter der Reichspressekammer der NSDAP, Dr. Dietrich, in einem „Mut zur Wahrheit“ überschriebenen Artikel aus. Doch erfuhr die Telegraphenunion von zuverlässiger Seite, daß

Adolf Hitler sich entschlossen habe, dem Wunsche von Schleichers zu entsprechen; er werde morgen Vormittag zu einer Aussprache mit ihm über die politische Lage nach Berlin kommen.

Hitler solle gegen 9 Uhr in Berlin eintreffen, und gleich anschließend dürfte die Besprechung stattfinden, sobald noch gegen Mittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis dieser Aussprache Bericht erstattet werden könne. An anderen Stellen setzte man in diese Meldung Zweifel. Aber in unterrichteten Kreisen der Wilhelmstraße rechnet man für morgen Vormittag mit der Zusammenkunft. Vielleicht geht das ganze Kopfschütteln darauf zurück, daß eine direkte Einladung des Generals von Schleicher an Hitler nicht ergangen ist, daß die Zusammenkunft vielmehr von dritter Seite angeregt und dann von den beiden nationalsozialistischen Abgeordneten, mit denen General von Schleicher heute verhandeln sollte, angebahnt worden ist. Da die Folgen, die sich aus dem Scheitern der Schleicher'schen Tolerierungsverhandlungen ergeben, sehr ernst sein können, besteht natürlich auf keiner Seite die Neigung, sich dieser Zusammenkunft zu entziehen. Es wäre auch denkbar, daß Hitler die Absicht hat, dem General von Schleicher abzurufen, daß er die Regierungsbildung übernimmt. Der Grund dafür könnte etwa darin zu suchen sein, daß die Nationalsozialisten den General von Schleicher nicht gern so bekämpfen möchten, wie ihre Opposition gegen einen neuen Reichskanzler von Papen zu erwarten wäre. Aber auch am Abend ließ sich noch nichts Sicheres zu diesem Thema sagen. Auch in Kreisen, die sonst gut unterrichtet sind, herrschte eine vollkommene Desorientierung; es bleibt einfach nichts anderes übrig, als die Entwicklung des morgigen Mittags abzuwarten, an dem die Betragung des neuen Kanzlers erfolgen soll. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Fühlungnahme zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler bereits morgen beendet wird. Im allgemeinen hält man das für wahrscheinlich und glaubt sogar, daß diese Besprechung schon im Laufe des Vormittags abgeschlossen werden kann. In Kreisen der nationalsozialistischen Führung wurde heute Abend noch die Auskunft gegeben, daß von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt sei. Es gilt aber, wie gesagt, in Berliner politischen Kreisen als sicher, daß sie stattfinden wird. Nach der Zusammenkunft Hitlers mit General von Schleicher

findet dann die entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten statt, an der wiederum Staatssekretär Dr. Meißner, Reichskanzler von Papen und General von Schleicher teilnehmen.

Heute ging bereits eine Besprechung im gleichen Kreise voraus; ihr kommt aber nur die Bedeutung eines Zwischenberichtes zu. Ohne das Ergebnis der Be-

sprechung zwischen dem Reichswehrminister und Adolf Hitler vorwegnehmen zu können,

glaubt man nach der ganzen Stimmung, die aus nationalsozialistischen Kreisen bekannt geworden ist, nicht daran, daß Hitler die Tolerierung eines Kabinetts Schleicher zugestehen wird.

Für den Reichspräsidenten ergibt sich dann die Frage, ob er die Neubildung des Kabinetts dem Reichskanzler von Papen oder dem General von Schleicher übertragen wird. Diese Frage ist heute Abend noch nicht zu beantworten. Es läßt sich nur feststellen, daß nach den rein Stimmungsmäßigen Urteilen, die man heute Abend hören konnte, in erster Linie Reichskanzler von Papen in Frage kommt. Man darf aber auch nicht vergessen, daß von Papen selbst angesichts der ihm drohenden Schwierigkeiten keine sonderliche Neigung mehr verspürt, von neuem das Amt zu übernehmen. Hinzu kommt, daß in den zurückliegenden Besprechungen von verschiedenen Seiten die dringenden Warnungen vor einer neuen Lösung Papen ausgesprochen worden sind. Selbst wenn von Papen wieder betraut würde, besteht immer noch die Möglichkeit, daß er den Auftrag nach einigen Tagen wieder zurückgibt und daß dann doch ein Kabinett von Schleicher gebildet wird. Da ein Kabinett Schleicher im Parlament ausgleichend unter Umständen auf eine gemäßigtere Opposition zu rechnen hätte als ein Kabinett von Papen, glaubt man jedenfalls, derartige Möglichkeiten solange nicht von der Hand weisen zu dürfen, als ein Kabinett von Papen nicht ernannt ist.

Wirtschaftskreise und Kabinettsbildung.

— Berlin, 29. November.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Im Hinblick auf wiederholte Pressemeldungen, daß die Wirtschaftskreise bei der Kabinettsbildung um ihre Auffassung gefragt wären oder einen Einfluß auszuüben verfaßt hätten, ist festzustellen, daß weder der Reichsverband der Deutschen Industrie noch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in dieser Richtung irgendwelche Ansprüche genommen worden sind oder eine Betätigung ausüben haben. Unzutreffend ist insbesondere auch die Meldung, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes, Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, dabei eine Mittlerrolle zu spielen oder sonst irgendwie in die schwebenden Verhandlungen eingreifen verfaßt hätte.

Ziel des Zentrums nach wie vor Not- und Arbeitsgemeinschaft.

Die erste Sitzung der Fraktion.

Von unserer Berliner Redaktion.

— Berlin, 29. November. (Draht.)

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Dienstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die der Beratung der politischen Lage galt. Am Vormittag tagte der Fraktionsvorstand, um die Arbeiten der Fraktion vorzubereiten. Der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Perlitz, widmete nach der Begrüßung der Fraktionsmitglieder dem verstorbenen Abgeordneten Pennemann einen kurzen anerkennenden Nachruf. Dann gratulierte er im Namen der Fraktion dem Abgeordneten Blum, der seinen 75. Geburtstag gefeiert hat.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen erstattete der Parteivorstand des Zentrums Dr. Kaas ein sehr ausführliches Referat über die Vorgänge seit seiner Rede von Münster. Er betonte ausdrücklich, daß das Zentrum nach wie vor die Sammelungsziel verfolge. Sei keine ganze Sammlung zu erlangen, dann müsse man auch schließlich mit einer Teillösung zufrieden sein in der Hoffnung, daß sich bei einer Besserung der Gesamtsituation die Teillösung finden lasse. Allerdings müsse auch in den Kreisen aller Beteiligten so stark der ehrliche Wille vorhanden sein wie beim Zentrum.

An der Aussprache beteiligten sich sehr viele Mitglieder der Fraktion, u. a. auch der frühere Reichskanzler Dr. Brüning, der in mancher politischer Hinsicht hienachleutete, wo bisher Dunkel herrschte. Am Schluß der Sitzung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung den Bericht des Parteiführers über die Verhandlungen der letzten Wochen und die darin zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme der Parteien zur politischen Lage entgegengenommen. Die Fraktion billigt einmütig die von höchster Verantwortung von Volk und Staat getragene Haltung der Parteiführung und spricht ihr, insbesondere dem Parteiführer Dr. Kaas, aufrichtigen Dank und volles Vertrauen aus. In Übereinstimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung hält die Fraktion an dem Ziel der Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest. Nur auf diesem Wege kann dem Reich in dieser gefährlichen Zeit eine sichere vom Volkstrauen getragene Verfassungstreue und soziale Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden. Wer im gegenwärtigen Augenblick der ehrlichen Vermittlung des Sammelungsgedankens entgegenwirkt, wird beim Eintritt in einen beispiellosen Notwinter mit schuldigen an sozialen und politischen Entwicklungen, für die die Zentrumspartei zusammen mit allen anderen Sammlungswilligen jede Verantwortung ablehnt.“

Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich ist, wie von zuständiger Stelle bestätigt wird, als Rechtsanwält bei den drei Berliner Landgerichten zugelassen worden. — Auch der frühere Polizeipräsident von Berlin, Dr. Bernhard Weiß, hat seine Zulassung als Rechtsanwält in Berlin beantragt. Jedoch steht die Genehmigung des Justizministeriums in diesem Falle noch aus.

Tagesfragen.

Die neue Wendung in der Regierungs- krise.

Wolle elf Tage ziehen sich jetzt die Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts hin, ohne daß eine Entscheidung gefallen wäre. Bei einem einigermaßen guten Willen aller beteiligten Kreise hätte schon längst eine Lösung gefunden werden müssen. Aber in der Wilhelmstraße fehlt es offenbar an einer entschlossenen Bereitschaft, um mit den Parteien ordentliche Fühlung nehmen zu können. Lediglich der Reichspräsident selbst hat die ehrliche Absicht, eine brauchbare Lösung zu finden. Auf der anderen Seite steht die Verantwortungsfrage der Parteiführer, die sich nicht zu dem Entschluß durchringen können, mit dem Zentrum und der Reichspartei eine Not- und Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Dazu kommen die ungeheuren Störungsversuche, die jede positive Arbeit erschweren und die Lage von Stunde zu Stunde verändern. In der Umgebung des Reichspräsidenten sind Kräfte am Werke, die entgegen seinem ehrlichen Willen jede Verständigungsmöglichkeit sabotieren. Man glaubt beinahe, es ständen sich feindliche Armeen gegenüber, die mit allen Mitteln der Spionagekunst ausgenutzt werden müßten. Auf größere oder kleinere Wortbrechungen kommt es schon fast nicht mehr an, und was nicht schriftlich festgelegt ist, wird fast stets in sein Gegenteil verkehrt. Ein neuer Beweis bewährter Quertreiberei wurde am Dienstag mittag geliefert, als durch offiziöse Stellen der Wilhelmstraße die Meldung verbreitet wurde, daß das Kampfkabinett von Papen werde noch im Laufe des Tages ernannt. Auf diese Information hin wurde die alarmierende Meldung verbreitet, General von Schleicher habe sich entschlossen, auf weitere Verfolgung von Kabinettsplänen unter seiner Führung zu verzichten. Es müßte einwandfrei festgestellt werden, daß namentlich die Wiederernennung von Papen zum Reichskanzler mit Sicher-

getreten sei, bedeute ein Kampfkabinett von Papen. Obwohl die Reichsregierung ein Defizit folgen ließ, so hatten die ersten Meldungen bereits ihre Wirkung getan, indem sie eine neue Verzerrung stifteten. Tatsächlich hat Reichswehrminister von Schleicher seinen vom Reichspräsidenten empfangenen Auftrag nicht als erledigt angesehen und daher nicht zurückgegeben, sondern er bleibt auch noch am Dienstag eifrig bemüht, eine Lösung zu finden, die es ermöglicht, die kommenden Wintermonate in Ruhe zu überleben. Eine besondere Wendung ist dadurch eingetreten, daß der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, die den Abgeordneten Strasser und Frick erteilten Vollmachten zurückgenommen und sich selbst bereit erklärt hat, mit General von Schleicher erneut zu verhandeln. In politischen Kreisen wird diesem Zusammenreffen Hitlers mit General von Schleicher eine doppelte Bedeutung beigemessen. Einerseits heißt es, General von Schleicher sondiere, ob Hitler bereit sei, ein Kabinett, das General von Schleicher führe und das von allen Experimenten absehen wolle, zu tolerieren. Andererseits heißt es aber auch, es bestehe die Möglichkeit, daß General von Schleicher an Hitler die Frage richte, ob er nicht bereit sei, beim Wegfall der vom Reichspräsidenten gestellten „Bedingungen“, die ohnehin nicht so ernst gemeint gewesen seien, wie es geschehen habe, den Kanzlerposten zu übernehmen und sich eine Reichstagsmehrheit für die Führung der Geschäfte zu sichern. Bei der großen Vertraulichkeit, mit der in den letzten Tagen alle Verhandlungen geführt werden, läßt sich selbstverständlich nicht nachprüfen, wo die Wahrheit liegt. Es hat auch keinen Zweck, über das mögliche Ergebnis der Aussprache zwischen General von Schleicher und Hitler Erörterungen anzustellen. Die Tatsachen müssen abgewartet werden. Falls jedoch Schleicher mit aller seinen Bemühungen scheitern sollte, dann ist auch damit noch nicht gesagt, daß auf jeden Fall das Kabinett von Papen in seiner bisherigen Form wieder erscheinen wird. Denn dem Reichspräsidenten sind, obwohl er von einer gewissen Clique mit einer beinahe undurchdringlichen Mauer umgeben wird, doch die Strömungen im deutschen Volk nicht unbekannt, die in einem Weiterregieren des Kabinetts von Papen eine Provokation erblicken würden. Es handelt sich dabei nicht um kleine Volkschichten, sondern um 90 Prozent der Wähler, die bei

Die vorläufigen Ergebnisse der belgischen Senatswahlen.

— Brüssel, 29. Nov.

Die vorläufigen Ergebnisse der belgischen Senatswahlen liegen wie folgt vor:

Katholiken gewinnen	2 Sitze
Sozialisten gewinnen	2 Sitze
Fläm. Nationalisten verlieren	2 Sitze
Liberalen verlieren	2 Sitze
Kommunisten	— Sitze

Der Senat hat die feststehende Mitgliederzahl 53. Davon sind am Sonntag 33 Senatoren vom Volk neu gewählt worden. Dazu werden noch 20 Senatoren von den Provinzialräten gewählt. Von diesen beiden Gruppen, also von den 53 Senatoren werden dann noch weitere 20 Senatoren hinzugefügt.

Der letzten Reichstagswahl ihre Stimmen abgegeben haben. Selbst der Hinweis, daß Reichstagswahlen von Papen bei seiner Wiederbetragung mit der Kabinettführung zu einem starken Entgegenkommen bereit sei und alle verfassungsmäßigen und staatsrechtlichen Experimente beiseite lassen und auch die Einstellungsprämie abschaffen wolle, kann ein Wiedererleben des Kabinetts von Papen nicht genehmigen. Dieses Kabinett mit seinen verfassungswidrigen Seitenprüngen und unsozialen Regierungskünften hat jedes Vertrauen in den weitesten Kreisen des Volkes verloren. Es muß daher etwas Neues, etwas Besseres kommen.

Der Rutsch nach unten.
Am Sonntag haben die Gemeindevorstände in den vierzehn Staatsgebieten der Nationalsozialisten bekanntlich eine ekklatante Niederlage erlitten. Sie verloren nicht weniger als 17 Prozent ihrer Stimmen vom 6. November. Mehrheitswahl war es bei den Stadtverordnetenwahlen in Westphalen, wo sie von 866 Stimmen auf 689 und in Solingen, wo sie von 1663 auf 1374 Stimmen zurückgingen. In ihrer Hochburg Posen haben sie, nachdem sie bei den Gemeindevorständen ihren Rückgang vom 6. November fortgesetzt hatten, eine dritte, besonders empfindliche Schlappe erlitten. Bei den Wahlen zur Handelskammer hatten die Nationalsozialisten, entsprechend der Sonderstellung, die sie in Posen einzunehmen meinen, eine gesonderte Liste aufgestellt, während alle anderen Interessenten sich mit der Liste des „Wirtschaftsverbandes“ begnügt hatten. Die Wahl brachte für die Nationalsozialisten ein selbst von ihren politischen Gegnern nicht vermutetes Resultat: auf ihre Liste entfiel nicht ein einziger Kandidat. Ebenso unangenehm für sie war das Ergebnis nationalsozialistischer Sonderlisten bei der Handelskammerwahl in Jittau. Gleichfalls eine Niederlage haben die Nationalsozialisten bei der Neuwahl des Präsidiums der schlesischen Landwirtschaftskammer erlitten, in der sie bisher den Präsidenten gestellt hatten. Die Neuwahl brachte für den neutralen Kandidaten Oekonomierat Richter 31, für den Nationalsozialisten Bennenwies nur 21 Stimmen. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten erlebten die Nationalsozialisten einen weiteren Durchfall. Das sind in ununterbrochener Reihenfolge harte Schläge für sie gerade in den Tagen, in denen Hitler in Berlin verhandelt. Sie zeigen, daß weite Kreise die Politik ihrer Partei, die die Äuße der politischen Erörterungen der letzten Zeit war, nicht mehr verstehen. Es macht sich bei ihnen immer mehr das Bedürfnis geltend, sich vor sachliche Aufgaben gestellt zu sehen. Die Erkenntnis wird immer größer, daß die Felerklärung politischer Massenorganisationen nicht in der Lage ist, den grauen Alltag in irgendeiner Form zu ändern. Der Wille, das eigene Schicksal durch die Stimmabgabe in andere Bahnen zu lenken, besteht nach wie vor; aber man sucht wieder einen neuen Standpunkt. Die NSDAP wird sich zu überlegen haben, ob bei dieser Wandlung nur Wertstoffe sich von ihr abtrennen, oder ob nicht gerade wertvolle Kräfte ihr den Rücken kehren.

Der Reichsfinanzminister über die Entwicklung der deutschen Finanzen.
Berlin, 29. November.
In der Hochschule für Politik sprach heute abend Reichsfinanzminister Graf Schwarzin von Krosigk über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Der Minister betonte, daß seit dem Jahre 1920 das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zölle) in Reich, Ländern und Gemeinden von 13,5 auf 12 Milliarden ankommen werden, zurückgegangen sei, obwohl in dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaß von rund 2,5 Milliarden Reichsmark jährlich eingeführt worden sind. In Westfalen sei also seit 1920 ein Steueranstieg von 6 Milliarden Reichsmark eingetreten. In allen Steuern wies der Minister die Steuervermehrung der Konjunkturpolitik der Steuerarten nach.
Die sonstigen Einnahmen seien um 2,2 Milliarden RM. gestiegen. Demgegenüber seien die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1 1/2 Milliarden RM. gestiegen und würden sich um weitere 1 bis 1 1/2 Milliarden RM. erhöhen, wenn nicht Kürzungen der Unterhaltungs- und andere Sparmaßnahmen seit dem Jahre 1930 durchgeführt worden wären. Der Minister legte dann den Zusammenhang zwischen den Steuererhöhungen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm dar und trat weiter den Belastungen künftiger Jahre in der Vermögenspolitik gegenüber. Die Belastung der Jahre 1933 bis 1935 würde zwischen 125 und 200 Millionen RM. jährlich aus Schenkungssteuern und aus Steuererhöhungen jährlich 300 bis 500 Millionen RM. betragen, je nach dem Ausmaß der Verwendung von Steuererhöhungen für Arbeitsbeschaffung von Arbeitern.
Der Redner schloß mit einem ganz besonderen Hinweis auf die Zukunft unter der Voraussetzung, daß ein gewisses Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse sich wieder herstelle und daß die Wirtschaft selbst den Weg zu ihren alten guten Breiten zurückfinde, und machte sich das jüngst in Düsseldorf geäußerte Wort zu eigen: „Gesunde Wirtschaft im künftigen Staat“.

Die Durchführung von Absiedlungen im Osthilfsgebiet.
Berlin, 29. November.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat einen grundsätzlichen Erlass über die Durchführung von Absiedlungen im Rahmen der landwirtschaftlichen Entwicklungsmaßnahmen im Osthilfsgebiet herausgegeben. Der Erlass geht von der Erwägung aus, daß die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe vielfach dadurch ermöglicht werden kann, daß Teile der Landesflächen abgetrennt und für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung verwendet werden. Diese Möglichkeit, von der in einer Reihe von Fällen bereits mit gutem Erfolg Gebrauch gemacht worden ist, dient sowohl dem landesbedingenden Betriebe, der dadurch oft wirtschaftlicher gestaltet werden kann, als auch den absiedelnden Kleinrentnern, die durch eine landesbedingte wirtschaftliche Förderung der Siedlung in der Lage sind, sich in der Ostzone niederzulassen. Ferner ist bei der Absiedlung größerer Teileflächen häufig auch die Möglichkeit vorhanden, eine Anzahl dauerhafter Neubesiedlungen zu schaffen.
Der Erlass macht es den Leitern der Reichsstellen zur Pflicht, in geeigneten Fällen die absiedelnden Teile-

Eine eigenartige Rundfunkrede.

Schuldenstreichung und Kriegslasten.
London, 29. November.
„Times“ meldet aus Washington, der demokratische Senator Pat Harrison (Mississippi), der im kommenden Kongress Vorsitzender des Finanzausschusses des Senats sein wird, sagte Montag abend in einer Rundfunkrede, im Falle einer völligen Streichung der Kriegsschulden würde sich die Erschließung des Krieges, d. h. eine Last von 54 Milliarden Dollar, in folgender Weise verteilen: Deutschland würde möglicherweise mit einem Prozent davon kommen. Es würden weiter entfallen auf Italien 2 Prozent, Frankreich 8 Prozent, die Vereinigten Staaten 39 Prozent und auf Großbritannien 50 Prozent. Daraus würden Folgen erwachsen, die man sich kaum vorstellen könne. Deutschland würde alsdann frei von Schulden künftig im Konkurrenzkampf der Welt an erster Stelle stehen. Auch Italien und Frankreich seien dabei in Rechnung zu ziehen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die kommende Generation nicht zu wirtschaftlicher Sklaverei verurteilt werde.
Diese Rundfunkrede hat in Berliner politischen Kreisen starke Verwirrung erregt. Es kann ihr gegenüber nur mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß Deutschland auf keinen Fall in Zukunft frei von Schulden sein wird. Vielleicht könnte man davon im Hinblick auf die politischen Schulden sprechen. Aber auch bei diesen muß beobachtet werden, daß, wie es der Baseler Sachverständigenbericht vor einem Jahr ausdrücklich festgestellt hat, ein sehr erheblicher Teil der privaten Auslandsverschuldung, nämlich über 10 Milliarden RM., in Form von Reparationszahlungen wieder an das Ausland zurückgeflossen ist, also in den privaten Schulden eine indirekte politische Verschuldung enthalten ist. Dazu kommen noch die Verpflichtungen aus dem Lausanner Abkommen. Es bleibt unerfindlich, wie man bei der allgemein anerkannten Schwäche unserer wirtschaftlichen Lage behaupten kann, daß wir im Weltkampf der Welt mit Amerika uns messen können.

Dor dem Eintreffen der englischen Note.
(Washington, 29. Nov.)
Ganz Washington beschäftigt sich gegenwärtig mit ernsthaften Überlegungen, wie man der britischen Finanznot helfen könne, ohne die eigenen Interessen zu stark zu schädigen. In gewissen Kreisen rechnet man sogar damit, daß König George dem Vizepräsidenten von Hindenburg vom Juni 1931 folgen und einen persönlichen Appell an Hoover richten werde, den dieser dann wie J. P. Morgan ausführen würde. Es steht jedenfalls fest, daß man weder Frankreich noch der Tschechoslowakei oder Polen irgendwelche Konzessionen machen will, fest steht aber auch, daß man England gegenüber keine „große Geste“ zeigen dürfte, wenn man auch bereit ist, ihm in der Transferfrage nachzugeben, falls es sich dazu versteht, um Nachschuß zu bitten und seine Lage durch statisches Material zu beweisen, anstatt, wie es das in der ersten Note tat, eine Revision unter Berufung auf einige recht vage klingende Gemeinplätze zu fordern.

Ein französischer Vorstoß.
Paris, 29. November.
Auf einen unerwarteten Vorstoß des Abgeordneten Louis Marin in der Reichstagskammer, dem Franklin D. Roosevelt seine Unterstützung ließ, erklärte der Budgetminister, daß eine Debatte in der Reichstagskammer über die französische Frage unmöglich sei. Erst als der Vorsitzende des Finanzausschusses, Malin, mitgeteilt hatte, daß der Ministerpräsident und der Finanzminister sich geeinigt hätten, vor jeder Entscheidung über das Schuldensystem das Parlament zu befragen, verzögerte Marin auf die von ihm geforderte Beratung. Im Anschluß hieran wurde die Nachtragstreitvorlage erledigt.

Englische Goldsendung nach Amerika.
London, 29. Nov.
In Londoner City-Kreisen rief am Montag eine Mitteilung Wuscher hervor, daß drei Millionen Pfund in Gold von London nach Amerika

Die Unterzeichnung des französisch-russischen Vertrages.

Eine Erklärung für Rumänien.
Paris, 29. November.
Der französisch-russische Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsvertrag ist am Dienstag um 17 Uhr im Außenministerium von Ministerpräsident Herriot und dem Sowjetbotschafter Dorgomyschew unterzeichnet worden. Dabei überreichte Dorgomyschew Herriot folgende schriftliche Erklärung: „Die Sowjetregierung nimmt die Lebenswürdigkeit der französisch-russischen Freundschaft und die Freundschaft der rumänischen Regierung zur Kenntnis und bittet Sie, folgende Erklärung zur Kenntnis der rumänischen Regierung zu bringen: Die Sowjetregierung, die von dem Wunsch beseelt ist, ihre friedlichen Beziehungen zu Rumänien zu beweisen, erklärt sich bereit, der rumänischen Regierung zum heutigen Tage ab vier Monate Zeit zu lassen, um mit der Sowjetregierung ein Nichtangriffsabkommen in dem Sinne zu unterzeichnen, wie es zwischen Litauen und Lettland (der rumänische Gesandte in Warschau, Die Weib.) vereinbart worden war, einschließlich des von Cedere vorgeschlagenen Schlussprotokolls. Die Sowjetregierung, die damit wieder einmal ihre friedlichen Bestrebungen beweist, erklärt, daß sie ihrer Politik treu bleibt, die darin besteht, für die Lösung aller Streitigkeiten nicht zur Gewalt zu greifen und die durch den Kelloggvertrag übernommenen Verpflichtungen zu wahren.“
Nach der Unterzeichnung des russisch-französischen Abkommens richtete Herriot einige Worte an den rumänischen Botschafter, in denen er der besonderen Genugung der französischen Regierung über den Abschluß der gegenwärtigen Verhandlungen Ausdruck gab. Diese Genugung, so betonte Herriot, sei um so größer, als die Unterzeichnung des Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsabkommens zu einem Zeitpunkt geschah, an dem die polnische Regierung ihre Abkommen mit Sowjetrußland ratifiziert und die rumänische Regierung ihrer Verpflichtung über das französisch-russische Abkommen gebe. Er hoffe, daß der neue Vertrag zur Festigung des Friedens beitragen werde. Im Namen des französischen Volkes begrüße er die Völker der Sowjetunion, mit denen Frankreich vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten wünsche. Der Wert des gegenwärtigen Vertrages liege in der Art, mit der er durchgeführt werde. Die Sowjetrußland-Regierung dürfe an den Bemühungen Frankreichs, ihn wirksam zu gestalten, nicht zweifeln.
Der russische Botschafter gab seinerseits eine kurze Erklärung ab, in der er die Bedeutung des Vertrages im Interesse des Friedens und der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland unterstrich. Die Sowjetregierung wolle diesem Vertrag großen politischen und moralischen Wert beimessen, da er der friedlichen Bemühungen Sowjetrußlands entspreche. Sie werde alle Anstrengungen machen, um ihn wirksam und für beide Länder nützlich zu gestalten.

Dillseitschuldung und Siedlung.
Berlin, 29. Nov. Die Auswanderung nicht entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe im Osthilfsgebiet hat, wie die Reichslandwirtschaftliche Zentralstelle berichtet, in der letzten Zeit starke Fortschritte gemacht, womit auch der Siedlung wieder ein starker Auftrieb verliehen wird. Bisher sind, wie verlautet, bereits ca. 300 000 Morgen für die Siedlung geeigneter Landesterriten aus dem Besitz nicht entwicklungsfähiger Betriebe bereitgestellt worden. Zur Durchführung der Siedlung ist, wie weiter verlautet, Kulturlandwirtschaftsminister Rodin-Kaiser als Ministerialdirektor in das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft berufen worden.
Die durch diesen Erlass hergestellte Verbindung der Osthilfe und der Siedlungsmöglichkeiten dürfte im Interesse aller Beteiligten zu einer beschleunigten Durchführung der Entwicklungsmaßnahmen beitragen.

Staatspräsident Dr. Bolz über Reichsreform.
München, 28. November.
Im Akademisch-politischen Klub sprach heute abend der württembergische Staatspräsident über „Fragen der Reichsreform“.
Ausgangspunkt für alle Erwägungen, so führte der Redner aus, müsse die Weimarer Verfassung sein. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern sei veraltet gewesen. Hinsichtlich der vielfach geforderten Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten, erklärte der Redner, sei er der Ansicht, daß eine solche nicht nötig sei. Die verlangte Sicherstellung der Reichsregierung gegen Zufallsmehrheiten im Parlament könne in einer einfachen Verrückung des Artikels 54 der Reichsverfassung nicht erledigt werden. Die Reichsregierung des Reichspräsidenten könne nicht befristet werden. Die Schwierigkeiten des sogenannten Dualismus zwischen

Das Schlusswort Bullerjahn's.

Arbeitsverbindung am Sonnabend.
CNB Leipzig, 29. Nov.
Im Bullerjahn-Prozess sagte heute Rechtsanwalt Dr. Nagel in seiner Replik die Schuld des Angeklagten nachmals zu begründen. Vor allem sei es sicher, daß bei der Waffensuche in den Berlin-Karlshagen Andeutungen Verrat im Spiele gewesen sei. Für Verrat komme aber nach den ganzen Umständen nur der Oberlagerverwalter in Frage. Als Motiv Bullerjahn's müsse nach Ansicht bezeichnet werden. In seiner Duplik erklärte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, die Auffassung des Reichsanwaltes, daß Verrat vorliegen müsse, sei falsch. Es sei auch sinnlos, anzunehmen, daß Bullerjahn an dem Werke habe rächen wollen, da die Firma durch einen Verrat nicht geschädigt werden konnte. Sie habe vielmehr infolge des Entschädigungsanspruches aus der Waffensuchlagnahme (sogar Gewinn gezogen. Nach einigen kurzen abschließenden Worten des Reichsanwaltes erhielt der Angeklagte Bullerjahn das Schlusswort. Er sagte: „Ich habe mit der mir zur Last gelegten Tat nie etwas zu tun gehabt und heute wie damals, als ich zum ersten Male vor dem Reichsgericht stand, kann ich nur wiederholen: Ich bin unschuldig.“ Anschließend fand noch eine kurze nicht öffentliche Sitzung statt. Die Arbeitsverbindung wurde für Sonnabend, den 3. Dezember mittags, angelegt.

Die Hamburger Berumoffäre.

Selbstmordversuch Dr. Enoch's.
Hamburg, 29. November.
Der Hamburger Arzt Dr. Enoch, gegen den, wie gemeldet, schwere Beschuldigungen erhoben wurden, die am Samstag zum Erfolg eines Selbstmordversuches führten, hat sich selbst eine Starke Dosis Morphium eingebracht und wurde in bedrohlichem Zustand dem Kaiserkrankenhaus zugeführt. Offenbar hat sich der Arzt mit einer tödlichen Retardation ausgesprochen.
Das „Hamburger Tageblatt“ berichtet, daß sich ein Verwandter Enoch's, der Buchhalter Grünfeld, an den Bombenanschlag beteiligt habe. Weiter die Mitteilung, daß der Sera in dem Laboratorium Enoch's meldeste eine starke Dosis Morphium eingebracht worden sei, das Enoch noch aus den Kriegsjahren her liegen hatte.

Blinde Eifer.

„Mobilmachung in Frankreich“.
Paris, 29. November.
In nicht geringer Aufregung wurden die Bewohner des Dorfes Villiers in der Nähe von Epinal verlegt, als der Gemeindevorstand der Trommel durch die Straßen zog und mit dem gebührenden Pathos verkündete, daß alle wehrfähigen Männer sich unverzüglich zum zuständigen Bezirkskommando zu versetzen hätten, da Krieg ausgebrochen sei. Wegen der losgeschlagenen Trommel, war jeder nicht zu erfahren. Wilschuldigt sich jeder, wer nicht sofort zur Hand kam. Man erzählte sich, wo man indessen sehr erstaunt über das Verhalten der kriegswütigen Bauern war und zuerst nicht recht wußte, was der Vorfall auf. Der Inhaber einer Fernsprechanlage hatte ein verkehrliches Schreiben erhalten, das bestimmte Anweisungen für den Fall von Unruhen enthielt. In seiner Aufregung hatte er geglaubt, daß es sich um nichts weniger als um eine Mobilmachung handelte, und war mit der Schreien nach dem Bürgermeister gefahren, der sofort als guter Patriot seine Pflicht tat und die Sturmglocken läuten ließ.

Bandenüberfall auf eine Kasse im Memelgebiet.

Memel, 29. November.
In der Nacht zum Dienstag drangen Räuber in das Haus des Kaufmanns und Gastwirts Genies in Piltupönen ein. Wahrscheinlich hatten sie es auf die dort untergebrachten Kasseisenkassen abgesehen. Frau Genies, die von dem Geräusch erwacht war, wurde von den Verbrechern durch einen Schuß in den Kehlkopf getötet. Ihr 20jähriger Sohn und ihr Mann, die sich den Eindringlingen entgegenstellten, wurden gleichfalls niedergeschlagen. Genies wurde durch einen Stiefhaken in den Arm verwundet. Der Sohn brach, von mehreren Ärgernissen getroffen, tot zusammen. Die Verbrecher flüchteten, bevor die Polizei erschien. Mehrere verdächtige Personen wurden bereits in Haft genommen. Die Tochter Genies' gibt an, daß die Täter litauisch gesprochen hätten. Es wird unter diesen Umständen mit Sicherheit angenommen, daß es sich wieder um Verbrecher von jenseits der litauischen Grenze handelt. Es wäre dies dann die fünfte Mordtat, die litauisches Gesindel im Memelgebiet verübt hätte.

Selbstmörderin verschuldet Tod eines Kindes.

München, 28. Nov. In der Maximilianstraße verübte heute Nacht die Hausangestellte eines Professors Selbstmord mit Leuchtgas. Da die Tür zum Nebenraum, wo der 13jährige Sohn des Professors schlief, nicht geschlossen war, ist das Gas auch in den Nebenraum gedrungen und hat den Tod des Kindes herbeigeführt.

Ein fideles Gefängnis.

„Freiherr“ und Amtsgerichtsrat.
Braunschweig, 28. November.
Der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Meynide war in dem einjämigen Gefängnis, das unterhalb des Amtsgerichts in der Stadt Braunschweig liegt, in der letzten Zeit ein fideles Gefängnis geworden. In diesem Gefängnis wurde ein Strafgefangener eingekerkert, der sich Freiherr von Rabenau und Freiherren nannte, der aber in Wirklichkeit ein gewöhnlicher Arbeiter war. Der Gefangene wurde in der letzten Zeit regelmäßig von einem Bekannten, der sich als Freiherr von Rabenau nannte, besucht. Der Gefangene wurde in der letzten Zeit regelmäßig von einem Bekannten, der sich als Freiherr von Rabenau nannte, besucht. Der Gefangene wurde in der letzten Zeit regelmäßig von einem Bekannten, der sich als Freiherr von Rabenau nannte, besucht.

Aus
Sonntagsblätter
v. Bockholt, 30. des Nikolausmarkt
Empel - Rees - tagstarke ausgeg. von 0 bis 24 Uhr

Neue Dauer
r. Bockholt, 2. bisbetigen Dauer mit dem 31. 12. - Dauerttransportaus Brenntempeln 1933 ab durch das

Morgen
a. Bockholt, 30. Stelle nochmals da der morgen statt Ostbaumgängen die Grundlage an der deutschen Ostzählung bestimmte es unbedingt erforderlich durch vorheriges standes die nötigen Fragen des Zählens

Feuerwehr
Am Montagabend „Bürgerkrieg“ eine „Steiger“ und „Erz“ Kameraden die v. führt. Die Mannschaften am Gaswerk
Die sich hieran eröffnete der Vorfall der Morde der Bockholt Kameraden und Rudolf Fischer zu einen längeren Bericht verschiedenen Bräun und Lehrscheit der sichtlichem Interesse
Darauf nahm Ehrung von 2 Kameraden und Janak Bockholt, Dienstreise zum Verdienste um das Zeichen des Preußischen Ehrenkreuzes der überbrachte. Er stellt treuer Pflichterfüllung Kameraden
Hiermit war die sich anschließenden Sorgen das Trümmern musikalische Untergr

Der Benedikt
Wer nicht unsere gibt ihnen Arbeit, Kommt und schaut, überall findet ihr lange genügend Arbeit durch Zusammenbau von Gelpen - Die Sorge unsere armen Körper zu dürfen, um das gessen. Denkt vor al nachten vor der Türe Christentums für eine laufe drum ein Los Preise von 0,50 M. 1932. Lofe sind zu Been, Kreis Borken.

Der Weihnac
Selt Montag fest laue. Das Stadlinne bekommen. Die Gese Beleuchtung ihrer Lofe rechte Licht zu rüden. können; denn preiswe die höchste. In der C in Bockholt Massen vgen wird, hat sich d geschlossen, noch einmal die Bewohner Bockholt dem Wert deutschen G auch die erste Verant unter recht unglückl hatte, so hat der wein marktes den Wert b. Leider war im G welcher Seite - geg Man hegte nämlich rüchtung wurde nur da die Höhe zu schrauben deshalb nicht für nützlich belichtigen. Als erst nicht verkaufte Ostl dem Wochenmarkt erh herrlichen Sachen. Da durch den Ostmarkt man, daß der Preis f Da nun ja zu Weh und Rüsten auch Ost so wollen die Ostl noch einmal Gelegenhe zu können. Den Zeite des Marktes Rechnung nur in Spannfäden bbracht werden, damit bolen wird, kaufen zu Qualität der Früchte jeweils gestanden Lade werden gebeten, mit de der Ostmarkt das blet Die Veranstaltung find 18. Dezember im grobe halt. Wie beim vorlohenlos. Anstößen ostmarkt, der ja gleich soll den Weichern wiede läßt heute schon der alle Bewohner der Ruf Beficht

Aus Münster und dem Münsterland.

Eine Milchhandelsstimmung in Münster.

* Münster, 29. Nov.

In Münster war vom Westfälischen Milchhandelsverband zu Sonntag, den 27. November, eine Versammlung einberufen. Der Vorsitzende des Westfälischen Milchhändlervereins begrüßte die zahlreich erschienenen auswärtigen Kollegen, worauf Dr. Klumpp das Wort ergriff und nach ihm verschiedene Bezirksleiter. Aus der Bocholter Gegend hörte man, daß dort innerhalb der städtischen Milchversorgung eine revolutionäre Umgestaltung herrscht und der Milchhandel dort infolge des Verteilungszwanges eine eigene Molkerei bauen will. Ueber ähnliche Verhältnisse sprachen einige Milchhändler aus dem Rheiner Bezirk, jedoch sind hier die milchwirtschaftlichen Verhältnisse ganz anders gelagert. Die bestehenden Uneinigkeiten stehen alle in Zusammenhang mit dem vielbesprochenen Zwangsparagrafen (Nr. 38) des neuen Milchgesetzes. Man kam sodann zum Hauptpunkt der Tagesordnung, der Milchversorgung in Münster. Die hiesigen Milchhändler sind ansehnlich entschuldigt, als die auswärtigen Kollegen und nehmen die Zusammenarbeit mit Landwirtschaft und Molkerei als selbstverständlich an. Sie begrüßen diesen Zusammenstoß sogar als Zwangsmittel zur Behebung der realen Handel ruinierenden Preisunterbietungen. Zwar ist hier der Handel vor einiger Zeit bedrohlich aufgeföhrt worden, diejenigen namhaft zu machen, die durch wilde Preisunterbietungen nicht nur Handel und Molkerei, sondern letzten Endes der Landwirtschaft schweren Schaden zufügen. Der münsterische Milchhändler hat dann auch die Liste dieser Leute dem Herrn Oberbürgermeister eingereicht, aber man vertritt sich nicht viel Erfolg von dieser totalen Aktion. Nach den verschiedenen Ausführungen des Herrn Dr. Klumpp hörte man noch die Werbungsrede des leitenden Herrn vom Milchunterstützungsamt in Essen. Die anwesenden münsterischen Milchhändler erklärten jedoch, daß sie diese Unternehmungen viel einfacher und bequemer bei der hiesigen Molkerei-Verwaltung und Lehranstalt erledigen könnten. Gegen 8 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Ueberfall auf das Lehramtskinder eines Lebensmittelfachgeschäftes.

250 Mark wurden nur erbeutet.

* Bodum-Hövel, 29. November.

Wie wir vor acht Tagen berichteten, wurde am Abend des 22. November auf das Lehramtskinder des Lebensmittelfachgeschäftes Otto Wess in Bodum-Hövel, Olga Badtke, ein Ueberfall verübt, als es nach Lebensmittelaufnahme in Höhe von 250 Mark nach dem Postamt zur Ueberweisung an das Hauptamt in Dortmund vornehmen wollte. Auf der Goethestraße wurde es von dem Arbeiter Karl E. angefallen, der ihm die Aktentasche mit dem Bargeld entriß und die Flucht ergriff. Hilfe schreiend eilte das Mädchen hinter dem Räuber her. Ihm entgegen stellte sich der Arbeiter Paul Wülfel, der im ersten Augenblick aber der E. nicht erkannte. Dieser sog seine Witsche und jagte E. nach dem Postamt. Als die beiden nun auf dem Boden lagen, erkannte einer den anderen. Es war E., der noch vor einiger Zeit mit ihm gemeinsam einen schweren Einbruch verübt hatte und deswegen E. ein Jahr Gefängnis erhalten hatte. E. rief ihm jetzt zu: „Mensch, laß mich los. Du kriegst die Hälfte mit.“ E. ließ von seinem ehemaligen Komplizen, ging aber auf Wunsch des E. zurück, um dessen Postverpackung, die er durch den Schuß erhalten hatte, durch ein Kissen zu ersetzen. Die Polizei erschien dann auf der Hilfforderung und brachte E. und Wülfel als die Täter festzunehmen, denn außer E. stand auch noch der Bergmann Wilhelm Sch. vor dem münsterischen Sondergericht. Sch., der gegenüber dem Lebensmittelfachgeschäft wohnte, hatte schon seit längerer Zeit beobachtet, daß das Mädchen die Tageskasse fortbrachte und er hatte den Plan gefaßt, mit E. den Ueberfall auszuführen. Das Gericht verurteilte den geständigen Sch. zu 1 Jahr Gefängnis und E. wegen räuberischen Diebstahls zu 3 Jahren Gefängnis.

Gewaltiger Gebirgschlag fordert zwei Menschenleben.

H. Herbolz-Dorsten, 29. November.

Dienstag morgen ereignete sich im Flöz 10 der Zeche „Falk Leopold“ oberhalb der dritten Sohle ein gewaltiger Gebirgschlag. Die hereinbrechenden Kohlenberge begruben die Hauer Fichtel und Schädel. Beide konnten nur als Tote geborgen werden. Ueber das schwere Unglück erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Gebirgschlag, der sich auf einer der best ausgebauten Straßen der Zeche ereignete, war von derartig außergewöhnlicher Stärke, daß er an der Tagesoberfläche auf dem Zechenplatz und in der näheren Umgebung der Schächte deutlich wahrgenommen werden konnte. Betroffen wurde ein Streb im Flöz 10 westlich der Schächte. Die Kohle drückte in einem Umfang von etwa 10 m oberhalb der Labeltrecke mit ungeheurer Wucht plötzlich in den Streb, folgte dort den Hauer Schädel und preßte ihn gegen den Bergesvorfall. Der Tod trat sofort durch Schädelbruch ein. Welcher gewaltigen Kräfte durch den Gebirgschlag ausgelöst wurden, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Schüttelrutsche durch die heraufstehende Kohle, deren Menge auf 10 Förderwagen einzuschätzen ist, durchgerissen und gegen den Ausbau gedrückt wurde. Der Hauer Fichtel arbeitete in der Labeltrecke, wo er mit dem Nachbrechen des Nebenschältes beschäftigt war. Der Gebirgschlag schob die Zimmerung um, die Fichtel unter sich begrub. Ein Schädel- und Genickbruch führte auch hier den sofortigen Tod herbei. Beide Bergmännchen sind verheiratet und Vater von zwei bzw. einem schulpflichtigen Kinde. Wie durch ein Wunder kamen zwei in der Nähe beschäftigte Bergleute mit nur ganz unwesentlichen Verletzungen davon. Die Bergungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen und waren in zwei Stunden beendet. Es besteht die begründete Annahme, daß dieses schwere Unglück in ursächlichem Zusammenhang mit den letzten Erdschütterungen steht, denen dieses Gebiet seit mehreren Tagen ausgesetzt ist, da zur gleichen Zeit auch Erdstöße in anderen Stellen bemerkt worden sind. Nachprüfungen nach dieser Richtung sind im Gange. Die bergbaupolizeiliche Untersuchung des Unfalls ist eingeleitet.

Sänger-Gautaguna in Breden.

Breden, 29. November.

Am vergangenen Sonntag weilten die Vertreter des Sängergaues Westmünsterland in Breden, um ihre diesjährige Herbsttagung abzuhalten. Die Mitglieder der Vereine hatten sich so zahlreich eingefunden, daß sich die Räumlichkeiten des Vereinslokals des Männergesangsvereins Breden, Hotel Münster, als reichlich ergwiesen. Von den 18 Vereinen, die dem Gau angehören, waren 15 Vereine mit etwa 180 Vertretern anwesend.

Um die Tagung würdiger zu gestalten, sangen die vorzüglich vertretenen Bredener Sänger das Begrüßungslied von Bunganar Walem. Der Gauvorsitzende, Fritz Tenbrock, Bocholt, sprach in seiner Begrüßungsrede mahnende und martige Worte:

Das deutsche Lied hat das Vaterland aufbauen geholfen, denn es hat am rechten Platz und zur rechten Zeit nationales Empfinden und nationales Bewußtsein dort einpflanzen verstanden, wo politische Zerrwürnisse Zwietracht und Uneinigkeit gesät haben. In der trüben Jetztzeit, in der die materielle und geistige Not der Gegenwart so heftig mahnend zu unserem Herzen spricht, wollen wir Sängern im Gau Westmünsterland die düsteren Schatten der Angst und der Furcht, die schwer auf den Seelen der Volksgenossen lasten, bannen und verschleppen helfen. Das Gefühl der Gemeinamkeit und der Zusammengehörigkeit muß in einer Zeit, in der man sich mit Wort und Tüdel den Schädels einschlägt, uns deutsche, uns westfälische Sängern befehlen. Das deutsche Lied überbrückt alle Gegensätze. Es ist notwendiger denn je, unser Liebesgut den Volksgenossen darzubieten.

Eine lebhaft ausgeprägte Seite ein bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht über das zweite Gaufest in Coesfeld. Die Abrechnungen über dieses Fest waren den einzelnen Vereinen zugefandt. Der Kassenprüfer Küpper, Bocholt, bemängelte einige Rechnungen. Die Vertreter des Sängergaues Coesfeld konnten in jedem beanstandenden Falle Aufklärung geben und Mißverständnisse klären. Das Coesfelder Gaufest schließt mit einem Fehlbetrag von 27,02 M. ab, der lautungsgemäß auf die beteiligten Vereine umgelegt wird. Die Versammlung stellte fest, daß das Fest in jeder Weise glänzend verlaufen und aufgezogen worden sei. Ein Beschluß zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde dahingehend gefaßt, daß die nächste Frühjahrstagung am 3. März 1933 in Unholt stattfinden soll. Diese Tagung soll mit einem Konzert des Gaus verbunden werden.

Unter Punkt Verschiedenes wurden einige interne Gausangelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende wies insbesondere auf die Westfälische Sängertagung in Dortmund hin, die am 21. April 1933 stattfinden soll und sprach die Bitte aus, sich recht zahlreich an derselben zu beteiligen. Als Abschluß der Tagung sangen unter Leitung des Gauvorsitzenden, Studentent Schüller, alle anwesenden Sängern als Märsch die „Mahnung“ von Heintz. Die auswärtigen Sängern verließen nach Schluß der Tagung noch einige gemüthliche Stunden im Kreise der Bredener Sänger. Lieb Heil!

* Münster, 29. Nov. Kirchliche Ernennungen. Studienreferendar Dr. Wilhelm Sahner zum Hausgeistlichen im Vorhergepfarramt zu St. Mauritz. Heinrich Lenting, Kaplan zu Münster St. Lambert, zum Kaplan in Duisburg St. Bonifat. Alois Schmaling, Kaplan zu Warendorf, zum Kaplan in Münster St. Lambert. Heinrich Terheiden, Seminarpraktikant aus Ostrup, zum Kaplan in Warendorf St. Laurentius.

* Münster, 29. Nov. Laßzug auf den Eisenbahnhöfen. Umweil der Station Jägerhaus an der Bahnstrecke Münster-Telgte hielten ein Laßzug und ein Kraftwagen zusammen. Zwei Personen wurden leicht verletzt. Der Laßzug geriet in den neben den Bahngleisen herlaufenden Graben, kippte um und legte sich auf die Schienen, so daß der Verkehr mehrere Stunden unterbrochen war.

* Münster, 29. Nov. Gefährliche Photoliebhaber. Das münsterische Schöffengericht verhandelte gegen 7 junge Leute wegen schweren Diebstahls bzw. Hehlerei. Zwei von ihnen, der Drogist Otto St. und der Arbeiter Josef W., waren im Mai des vergangenen Jahres von der Hofstraße in das Geschäft eines Drogistens auf der Hammerstraße eingedrungen und hatten dort Photoparate im Werte von einigen hundert Mark entwendet. Dabei hatte W. eine Waffe bei sich geführt. Ein Teil des gestohlenen Gutes wurde dem Drogist anonym wieder ausgeliefert. Als Einbrecher wurden die beiden Anwesenden ermittelt, die jetzt vom Gericht verurteilt wurden, und zwar jeder zu 6 Monaten Gefängnis. Die wegen Hehlerei angeklagten 5 jungen Leute wurden mangels Beweises freigesprochen.

* Bodum, 29. Nov. Wieder gefangen. Vom Arbeitskommando in Avenwedde waren zwei Strafgefangene entwichen. Sie wurden jetzt unter ziemlich dramatischer Festnahme in Bodum von der Polizei gefaßt. Der Aufreißer, der die beiden gefaßt hatte, wurde von der Polizei gefaßt, sondern nahm mehrmals Reißaus, so daß die verfolgende Polizeibeamte genötigt sah, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Die Schüsse gingen jedoch fehl. Das Publikum nahm selbst die Verfolgung mit auf und bald konnte die Festnahme erfolgen. Es waren der 25 Jahre alte Maurer S. Kaiser aus Karpn und der 20jährige Arbeiter E. Kischer aus Hagen. Kaiser hatte auf der Flucht Unterschlupf in einem 60 cm langen Kaninchenstall gesucht, bis die Polizei ihn daraus hervorholte.

* Bodum-Hövel, 29. Nov. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die Große münsterische Strafkammer gegen den Invaliden Karl W. aus Bodum-Hövel. Bereits einmal wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt, erkannte das Gericht jetzt auf eine Freiheitsstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis, die der Angeklagte annahm.

* Esfm, 29. Nov. Warum denn so empfindlich? Unter der Auflage des Landfriedensbruchs hatten sich vor der Großen münsterischen Strafkammer die Bergleute Gottfried B., Wilhelm S., Johann K. und Peter S. aus Esfm zu verantworten. Am frühen Morgen des 24. April (Preußische Landtagswahl) verteilten die Sozialdemokraten Flugblätter, die den Kommunisten missfielen, weil sie von den Sozis verpöndelt wurden. Da die Sozialdemokraten die Flugblattverteilung nicht auf Wunsch der Kommunisten einklinkten, wurden diese rabiat und wollten die Blätter den Sozialdemokraten entreißen. Eine schwere

Auseinanderbrechung schien unvermeidbar. Schon griffen die Kommunisten die Sozialdemokraten an, da gab der Sozialdemokrat Franz U., der seinen Bruder bedrängt sah, einen Schreckschuss und nachher noch drei weitere Schüsse in die Luft ab, die bewirkten, daß die Kommunisten ihre geplanten Angriffe einstellten. Natürlich war sofort die ganze Siedlung auf den Beinen. Das Gericht verurteilte S. als Räubersführer zu 8 Monaten Gefängnis und B. zu 3 Monaten Gefängnis. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

* Dülmen, 29. Nov. Mißglückter Raubüberfall. Heute abend gegen 6,15 Uhr wurde im Büro der Brennerlei Schulze-Niehoff in Daldrup, Amt Dülmen ein Raubüberfall verübt. Ein Mann drang in das Büro der Brennerlei ein und verlangte mit vorgehaltener Revolver die Herausgabe von Geld. Dem Rufe „Hände hoch“ kamen die zwei Herren, die anwesend waren, nicht nach, sondern entzogen dem Mann die Pistole. Zwei Schüsse wurden von dem Räuber abgegeben, die aber fehlschlugen. Unter Zurücklassung der Pistole und der Wäsche ist er geflohen. Der Tat dringend verdächtig ist in der Zwischenzeit ein Bergmann Josef Jastuski aus Gelsenkirchen-Wattenscheid ermittelt worden. Es handelt sich um einen kleinen, hageren, schwarzen Menschen im Alter von 26 Jahren, der mit zwei anderen Tatern auf Fahrtrabern den Ueberfall auf das einsame Geschäft verübte. Er hat vor kurzem in einer in der Nähe gelegenen Gemeinde gesteuert, daß er einen Raubüberfall im Westmünsterland beabsichtigt.

Stillelegungsantrag für Zeche „Sachsen“ gestellt.

„Sachsen“ für die Regierung erledigt.

Zum 1. April 1933 Stillelegung für die Regierung beschlossene Sache. — Man verläßt, eine Unrentabilität von „Sachsen“ nachzuweisen. — Landeshauptmann Diedmann gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik. — Die Sachsenbelegschaft will nur der Gewalt weichen.

* Heesen, 29. Nov.

Im Grenzraum in Heesen fand am Samstag eine Belegschaftsversammlung statt, in der der Betriebsratsvorsitzende Hoffmann und Steiner Schade über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die vermeintliche Stillelegung der Zeche berichteten. Hoffmann machte folgende interessante Mitteilungen: Der Antrag auf Stillelegung der Zeche Sachsen ist zum 1. April 1933 schon gestellt und für die Regierungsinstanzen scheint die Stillelegung schon als perfekt zu gelten. Die Vertreter der Angehörigen und Arbeiter der Zeche sprachen in Berlin zunächst beim Staatsrat vor, mit dem sie abends eine Sitzung hatten, an der auch das Staatsratsmitglied Landeshauptmann Diedmann aus Münster teilnahm. Der Wunsch auf sofortige Verhandlungen über eine den Betriebsräten überreichliche Entschädigung betr. abgelehnt, daß man

dem Landtage in der nächsten Sitzung des Staatsrates beraten werde. Die erste Regierungsinstanz war das Preussische Handelsministerium, mit dem folgenden Tages zwei volle Stunden verhandelt wurde und bei welcher Gelegenheit sämtliche Minister eine Denkschrift überreichte wurde. Die Herren des Handelsministeriums glaubten betonen zu müssen, daß nach Ansicht der Regierungsvertreter die Zeche Sachsen unrentabel

sei, was mit folgender Begründung verknüpft wurde: Sachsen sei ein Werk der größten Unrentabilität des

Ruhrkohlengebietes und stets das Schmerzenskind der Firma D. Wolff und der Mansfeld-W. G. gewesen. Nicht kann damit gerechnet werden, daß sie rentabel würde. Bezeichnend war die Erklärung der Regierungsvertreter:

Wenn die Verkaufssumme größer sei als der jeweilige Wert des Wertes, dann dürfe verkauft werden.

Sachsen habe einen buchmäßigen Wert von 10 Millionen Mark, die Verkaufssumme betrage 17 Millionen Mark. In diesem Falle könne also die Regierung nicht einschreiten,

weil auch diese Klausel in dem Sicherheitsvertrag des Reiches mit der Mansfeld-W. G. enthalten ist.

Von der Belegschaftsvertretung wurde natürlich die Behauptung von der Unrentabilität durch Beweise widerlegt. Habe doch bis jetzt der Betrieb noch keine Einbuße erlitten; das belegen auch die vielen vorliegenden Gutachten über die Rentabilität der Zeche. Von parteiischen, der Regierung nachstehenden Gutachtern sei die Zeche Sachsen als unrentabel hingestellt worden. Von dem Vertreter des Reiches bei der Mansfeld-W. G., Geh. Rat Babel, wurde betont, daß es sich handele um „Sachsen“ oder „Rheinpreußen“. „Rheinpreußen“ könne nicht leben und sterben und stehe vor dem wirtschaftlichen Ruin durch die vielen Feiertage. Er sei der Ansicht, daß „Rheinpreußen“ infolge der niedrigen Förderkosten die bessere Grundlage der Wirtschaftlichkeit habe und daher müßte die Sachsenquote auf „Rheinpreußen“ übertragen werden.

Von sämtlichen Regierungsstellen sei die Sachsen-Stillelegung bereits beschlossen.

Damit andere leben können, muß „Sachsen“ geopfert werden und sterben. Der Staat habe kein Geld. „Sachsen“ zu sanieren oder zu übernehmen und hat im übrigen beschließen, kein Werk mehr zu sanieren oder durch Geldmittel unter die Arme zu greifen. „Sachsen“ werden das Reich oder der Staat nicht kaufen.

Auf „Rheinpreußen“ würden, wenn „Sachsen“ stillgelegt sei, zunächst keine Leute neu eingestellt werden, wie Geh. Rat Babel äußerte. Dagegen werde man weitere Feiertage vermeiden. In der Verhandlung mit dem Staatsrat war Landeshauptmann Diedmann aus Münster sehr empört über das Verhalten der Regierungsinstanzen und sagte:

er mache diese verkehrte Wirtschaftspolitik nicht mehr mit,

er wisse nicht, wo er die Gelder für Ironen, Krüppel- und sonstige Wohlfahrtsanstalten hernehmen solle,

aber nach dem Osten, da würde alles hingestellt, für die Regierung bzw. für Preußen ist „Sachsen“ erledigt.

Die Belegschaftsvertreter betonten zum Schluß dem Reichsvertreter Geh. Rat Babel, daß die Belegschaft aus dem Betriebe nur der Gewalt weichen werde, was Babel zu vermeiden bat, um Kompensationen mit dem Gehalt aus dem Wege zu räumen. Das Fazit: Angst vor der Definitivität, vor dem großen Standstill, Betriebsratsvorsitzender Hoffmann betonte noch, daß man auch im Reichstag vorstellig werde, ein Arbeitsausfluß sei schon gebildet, um durch Gehalt eine Quotenübertragung zu verhindern. Seitens der Belegschaft

werde alles geschehen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Zur Sache selbst ist noch zu erwähnen, daß die Sachso poltewirtschaftlich so liegt, daß bei der Uebertragung der Sachsenquote die Rheinpreußenquote weniger Feiertage einzulegen haben, und es wird damit gerechnet, daß bei sämtlichen Förderverhältnissen bei der Zahlung von 980.000 Mt. und Ertrag der Bergarbeiten in Heesen noch einige hunderttausend Mark Gewinn für den Sanierungsfonds herauspringen. Das genügt, um eine ganze Gemeinde mit 10.000 Bewohnern an den Bettelstab zu bringen und den Hunger auszuliefern.

Wetterbericht.

Das Tief, das sich am Sonntag südlich von Grönland entwickelte, ist rasch ostwärts gezogen und hat sich über dem nördlichen Eismeer zu einem ungewöhnlichen Sturm wirbel verstärkt. Der Luftdruck ist dort auf 705 mm gefallen. Im Gegensatz dazu hat sich über Mitteleuropa ein Hochdruckrücken mit Barometerständen von fast 775 mm aufgebaut, unter dessen Einfluß heute vielfach heiteres Wetter herrscht. Infolge des starken Druckgefälles wütel dagegen in ganz Nordwesteuropa ein stürmischer Weststurm. Auf der Rückseite des Eismeerliefes ist grünländische Kaltluft schon bis nach Schottland durchgedrungen. An ihrer Grenze gegen die weiter südlich lagernden wärmeren Luftmassen entsteht ein ausgedehntes Regengebiet, das sich aber sehr langsam ostwärts verlagert.

Vorherlage für Mittwoch:
In der Nacht noch leichter Frost, morgen bei freilich südlichen Winden langsam zunehmende Bewölkung und zeitweise mild, zeitweise Regen. — Wahrscheinliche Wetterentwicklung: Weiter Wetterverschlechterung, zeitweise Regen.

Mantel-Tage

Tage der zeitgemässen Preise

Und wieder

sind es die Fachleute für gute Herrenkleidung, die Ihnen gerade jetzt, zur rechten Zeit, etwas Besonderes bieten: 6 zeitgemäße Preise für Mäntel, die bisher erheblich teurer waren. Im Fenster können wir Ihnen nicht alles zeigen, aber schon da sehen Sie, wo Sie am vorteilhaftesten kaufen. Sie sollten den Mantel jedoch erst mal anziehen, die Qualität fühlen und die Verarbeitung sehen, dann werden Sie wieder einmal erkennen, was E. Feldmeyer-Zapp Nachf. für Münster bedeutet:

Das größte Spezialgeschäft für den Herrn, der mehr verlangt als eine Durchschnittsleistung, der wirkliche Leistungen sucht.

Unsere zeitgemässen Preise!

Ein vorteilhafter Mantel

ein Mantel, der viel mehr vorstellt, als er kostet - ein Mantel für jeden

24.-

Eine wirkliche Leistung

Für die gute Tragfähigkeit dieses Mantels stehen wir ein

29.-

Ein eleganter Mantel

von langer Lebensdauer, der Sie trotz eines niedrigen Preises nicht enttäuscht

34.-

Qualität und Verarbeitung

ergibt eine Passform, die Ihnen Freude macht

39.-

Ein Qualitäts-Mantel

der bisher erheblich teurer war, ein von Mantelspezialisten geschneiderter Ulster

49.-

Ein wohlhabender Mantel

mit inneren Werten, warm und mollig - eine Meisterleistung

59.-

Für die jungen u. jungen Herren gilt dasselbe, nur sind die Preise noch niedriger!

Sehen Sie sich bitte auch unsere schönen Hausjoppen an. Ein immer willkommenes Geschenk.

Feldmeyer-Zapp
NACHF. MÜNSTER

Inh. L. Sipp & O. Zapp
Salz- und Klosterstraßen-Ecke

Die Fachleute für gute Herrenkleidung

